

BastA!

Basels starke Alternative

KLIMABEWEGUNG

Climate Justice Now!



Foto: Franziska Stier; 8. Juli 2019 Hauptsitz der UBS in Basel

Warum wir nicht nur Klimaschutz, sondern Klimagerechtigkeit brauchen.

Grönland und die sibirische Tundra brennen. Der Amazonas wird brandgerodet. Ein Fünftel der Bäume im Hardwald und unzählige Stadtbäume sind wegen Trockenheit abgestorben. Zermatt wurde vom schmelzenden Trift-Gletscher überflutet und Island musste den 700 Jahre alten Gletscher Okjökull für tot erklären, weil er so weit abgeschmolzen ist, dass er nicht mehr vorwärts fließen kann. Dürren, Überflutungen und extreme Unwetter zerstören weltweit Ernten und Siedlungen. Die Klimakrise ist für alle spürbar geworden.

Wir haben es aber nicht «nur» mit einer Klima- und Naturkatastrophe zu tun. Die reichen Länder nehmen den armen Ländern die Lebensgrundlagen weg, die reichen Leute den armen Leuten, und die heute lebenden Menschen den zukünftigen Generationen. Wir importieren landwirtschaftliche Produkte wie beispielsweise Gemüse

und Baumwolle aus Trockengebieten oder Rindfleisch und Soja-Futter aus dem brandgerodeten Amazonas. An vorderster Front an der Ausbeutung beteiligt sind «unsere» Banken und Rohstoff- und Lebensmittelkonzerne. Mitverantwortlich ist die neoliberale Steuerpolitik der reichen Länder, die es multinationalen Konzernen erlaubt, im globalen Süden erbeutete Gewinne in den reichen Ländern zu Dumpingpreisen zu versteuern und in privaten Säcken verschwinden zu lassen.

Auch innerhalb der reichen Länder sind die Verantwortung und Folgen der Klimakrise sehr unterschiedlich verteilt. Mit zunehmendem Einkommen steigt der negative Einfluss auf das Klima und die Umwelt. Leider zeigen Studien immer wieder, dass das Umweltbewusstsein weniger Einfluss auf das individuelle Verhalten hat als das

Weiter auf Seite 3

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Mainstream-Feminismus: Fluch oder Segen?



Altersvorsorge: System change



Nationalratswahlen: Unsere Kandidierenden

Sonntag, 22.09. 10:00 - 22:00 Uhr im
L'esquina, Tellplatz 1, 4053 Basel
Haus der Politik - Diskussion & Kultur
(mehr auf S. 12)

Freitag, 27. September

Klimastreik

Samstag, 28.09. ab 13:30 Uhr
Schützenmatte, Bern

Klimademo des Wandels

Dienstag, 15. Oktober 19:00 Uhr

Koordination

Sonntag, 20. Oktober

Wahlen

Montag, 28. Oktober

Koordination

Dienstag, 12. November

Koordination

Sonntag, 24. November

Termin 2. Wahlgang

Montag, 25. November

Koordination

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 03/2019

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

Warum wir an manchen Wahlen teilnehmen (müssen)

Als bewegungsorientierte Partei stellt sich für BastA! immer wieder die Frage, ob eine Teilnahme an Wahlen – jeweils verbunden mit hohem finanziellem und personellem Aufwand – wirklich das Wahre ist. Der Wahlkampf bindet Kräfte, die wir für unser Engagement für und mit linken Bewegungen verwenden könnten. Die Wahlbündnisse (Listenverbindungen etc.), die je nach Konstellation eingegangen werden, beruhen oft auf einem relativ kleinen gemeinsamen Nenner, was es uns erschwert, unsere politischen Positionen und Ziele in der gewünschten Klarheit einzubringen.

Diese und weitere Kritikpunkte werden vor jeder Wahl überprüft, ebenso wie die Gründe, die in der jeweiligen Situation für eine Wahlbeteiligung sprechen. Aktuell entschieden sich die BastA!-Mitglieder gegen eine Beteiligung an der Regierungsrats-Ersatzwahl wie auch an der Ständeratswahl.

Nationalratswahlen: Sibel bleibt

Die aktuellen Nationalratswahlen sind für BastA! hingegen speziell. Erstmals hat BastA! einen Nationalratsstz zu verteidigen. Eine Beteiligung an dieser Wahl stand deshalb ausser Frage. Sibel Arslan wurde vor vier Jahren auf der Liste Bündnis Grüne, BastA! gewählt, deshalb war es unbestritten, dass auch in diesem Jahr eine gemeinsame Liste mit den Grünen und dem jgb antreten soll.

Unsere Nationalrätin Sibel Arslan leistet in Bern gute Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Sogar die rechtsbürgerliche BaZ anerkennt, dass Sibel sich „unermüdlich gegen Ungerechtigkeiten gewehrt und für eine Politik engagiert hat, die Ethik und Menschenrechte vor Gewinnstreben und Egoismus setzt“ (BaZ vom 24.8.). Der

Slogan #sibelbleibt, der unseren Nationalratswahlkampf prägt, ist eine klare Forderung: Wir wollen, dass Sibel ihre Arbeit auch die nächsten vier Jahre fortsetzen kann, sie hat dies mehr als verdient.

Für Klima, Gleichstellung, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte

Aber es gibt noch andere Argumente, die für eine engagierte Teilnahme an den Nationalratswahlen sprechen:

2019 ist Klimawahl. Wir haben gesehen, wie zerstörerisch und selbstsüchtig die rechts-bürgerliche Mehrheit im nationalen Parlament gewirkt hat. Wir haben erlebt, wie sich in den letzten Jahren der politische Diskurs nach rechts verschob, wie Sexismus und Rassismus salonfähig wurden, wie linke AktivistInnen bespitzelt und fichtert wurden, wie es „normal“ wurde, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken.

Dem müssen wir etwas entgegen setzen. Es braucht dringend links-grüne Politiker*innen, die klare linke Politik machen – im Kanton und in den nationalen Parlamenten.

Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung und Menschenrechte, all dies hängt zusammen und kann nicht isoliert angegangen werden. Diese Werte müssen nicht nur verteidigt, sondern ausgebaut werden. Dafür setzen wir uns ein, dafür braucht es uns.



Heidi Mück, Co-Präsidentin BastA!



Einkommen. Ärmere Menschen tragen weit weniger zur Klimakrise bei, leiden aber besonders unter ihr. Besonders betroffen sind auch bei uns ältere, ärmere, alleinlebende und chronisch kranke Personen und insbesondere Frauen. Nur ein Beispiel: Mit der Klimakrise steigen die hitzebedingten Gesundheitsprobleme. Am stärksten betroffen sind Menschen in dicht bebauten Quartieren mit wenig Grünflächen und schlecht isolierten Wohnungen, die altersbedingt oder aus finanziellen Gründen nicht mobil genug sind, um in kühlere Regionen auszuweichen.

Mit dem Begriff «Klimagerechtigkeit» nimmt die Klimabewegung diese grossen Unterschiede bei der Verantwortung für die Klimakrise auf. Und folgert daraus, dass die reichen Länder, die seit der Industrialisierung viel mehr Treibhausgase verursacht haben, ihre Emissionen früher auf null senken, als jene Länder, auf deren Kosten sie bisher gelebt haben. Der Gerechtigkeitsansatz ist übrigens auch im Klimaabkommen von Paris verankert. Nimmt man das ernst, muss die Schweiz bis 2030 aufhören, CO₂ und andere Klimakiller in die Luft zu blasen.

Da aber auch innerhalb der reichen Länder die Verantwortung für Treibhausgasemissionen und die Umweltverschmutzung unterschiedlich verteilt ist, müssen diejenigen den Schaden beheben, die ihn verursacht haben und davon profitierten. In den Worten der Klimacharta der Klimastreikbewegung: «Massnahmen zum Erreichen der Klimaziele müssen in einer Weise ausgestaltet werden, die materiell und finanziell benachteiligte Menschen nicht zusätzlich belastet. Ungleichheit soll nicht vergrössert, sondern verkleinert werden.»



© Franziska Stier / www.beobachternews.de

March against Bayer & Syngenta, 18. Mai 2019 Basel, Foto: Franziska Stier

Es ist deshalb höchst problematisch, wenn viele aktuell diskutierte «Lösungen» gegen die Klimakrise den Weg über das «Portemonnaie» suchen. Akzeptabel sind solche Ansätze nur, wenn die Einnahmen aus den Abgaben so an die Bevölkerung rückverteilt werden, dass Menschen mit kleinem «Portemonnaie» mehr davon bekommen. Sinnvoller sind aber sowieso Massnahmen, die sich für alle gleich auswirken und aus denen man sich nicht freikaufen kann. Dazu gehören insbesondere Kapazitätseinschränkungen, also Rückbau von Strassen oder Schliessen von Flughäfen. Im Vordergrund sollte auch die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen über höhere Steuern auf Konzerngewinnen, Erbschaften sowie hohen Einkommen und

Vermögen stehen. Auch neue Ansätze wie eine Finanztransaktionssteuer sollten endlich angepackt werden. Mit dem Geld können Klimaschutzmassnahmen finanziert werden, die nicht nur dem Klima nützen, sondern auch zu einem guten Leben für alle beitragen, seien es mehr Velowege und Gratis-ÖV, die Dämmung von Wohnhäusern, oder die Ökologisierung der Landwirtschaft – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

In den Parlamenten ist die Versuchung gross, finanzielle Lenkungsmaßnahmen auch ohne sozialen Ausgleich zu unterstützen, damit wenigstens etwas fürs Klima gemacht wird. Wir tun deshalb gut daran, uns die Forderung der Klimagerechtigkeit immer wieder vor Augen zu halten und uns aktiv dafür einzusetzen, Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammen voran zu bringen.



© Franziska Stier / www.beobachternews.de

March against Bayer & Syngenta, 18. Mai 2019 Basel, Foto: Franziska Stier



Tonja Zürcher, Grossrätin BastA!

Blockaden bei UBS und Credit Suisse: Am richtigen Ort die richtige Aktion

Am 08.07.2019 blockierten hunderte KlimaaktivistInnen des Collective Climate Justice in einer friedlichen Aktion des zivilen Ungehorsams die Hauptsitze von UBS und Credit Suisse in Basel und Zürich. Beide Banken haben seit dem Pariser Klimaschutzabkommen 82 Milliarden US-Dollar in fossile Brennstoffe investiert. Sie tragen damit zu einem Klimawandelszenario von plus 4°C – 6°C bei. Der direkte Weg in die Katastrophe.

Im Namen der Mächtigen

Die Strafverfolgungsbehörden in Basel und Zürich reagierten mit einer erschreckenden Willfährigkeit. Kaum hatten die Banken Strafantrag gestellt, räumte die Polizei die Blockaden. Dabei wurden rund 100 Menschen festgenommen und anschliessend mehrere Tage gefangen gehalten. Gemäss Berichten der Betroffenen kam es zu gravierendem Fehlverhalten seitens der Polizei. Die Staatsanwaltschaft erliess Strafbefehle von bis zu 180 Tagen Gefängnis auf Bewährung. Der in Basel mittlerweile berühmte Staatsanwalt Flavio Noto konstruierte eine generelle Mittäterschaft aller Beteiligten, ohne hinreichenden Nachweis individueller Straftaten. So einfach geht das heutzutage! Vor allem, wenn man sich mit den wirklich Mächtigen anlegt.

Direkte Mitbestimmung und Solidarität statt Achselzucken

Die Unverhältnismässigkeit der Strafverfolgung offenbart eine grosse Ratlosigkeit im Umgang mit der Klimakrise und – schlimmer noch – ein gravierendes Demokratiedefizit. Exemplarisch hierfür ist eine Szene, die ein Aktivist während der Räumung in Basel filmte. Der Aktivist fragt einen Polizisten: «Wessen Recht schützen Sie hier eigentlich?» Antwort des Polizisten: «Im Moment das Recht des Privaten.» Aktivist: «Das Privatrecht der UBS, unsere Zukunft zu zerstören?» Der Polizist zuckt



Räumung der Blockade der UBS am 08.07. 2019 in Basel, Foto: Franziska Stier

mit den Achseln und dreht sich weg.

Die Frage des Aktivisten trifft den politischen Kern der Klimakrise. Die Rohstoffwirtschaft und die Finanzbranche sind die mächtigsten Wirtschaftssektoren der Welt. Ein Machtgeflecht zwischen Staat und Konzernen schützt diese Sektoren. Das hat dazu geführt, dass trotz eindringlicher Warnungen der Wissenschaft die notwendigen Klimaschutzmassnahmen verhindert werden - und das schon seit Jahrzehnten. Was bedeutet Demokratie, wenn nicht die Fähigkeit, gemeinsam über Güter entscheiden zu können, ohne die wir Menschen nicht überleben können?

Die Klimagerechtigkeitsbewegung setzt sich mit ihren Aktionen dieser ungerechten Machtverteilung und ihren katastrophalen Folgen entgegen. Wenn Menschen die Zerstörer unserer Zukunft zu blockieren versuchen, tun sie das nicht aus Selbstzweck. Sie beharren auf ihrem Mitspracherecht bei der grössten politischen und sozialen Herausforderung unserer Zeit. Nichts Geringeres als unser Überleben steht auf dem Spiel. Die Reaktion der Strafverfolgung

zeigt, wie wenig die Verantwortlichen in Staat und Konzernen die Zeichen der Zeit erkennen oder erkennen wollen. Und sie zeigt ihre Angst vor den notwendigen Veränderungen.

Die Schweizer Finanzakteure verursachen bis zu 20 mal mehr CO₂ als alle Haushalte und Unternehmen in der Schweiz zusammen. Sie sind die Hauptverursacher der Klimakrise in unserem Land. Die AktivistInnen vor der UBS und Credit Suisse haben die richtige Aktionsform an den richtigen Orten gewählt. Keine andere politische Intervention hat die ausserordentliche Verantwortung unseres mächtigen Finanzplatzes für die Klimakrise derart breit ins öffentliche Bewusstsein getragen. Dazu trägt auch die Unverhältnismässigkeit der Strafverfolgungsbehörden bei. Sie spielen das Spiel der AktivistInnen mit. Die Verhafteten müssen dafür aber einen hohen Preis bezahlen. Ihnen drohen massive strafrechtliche Konsequenzen. Wenn uns das Mitspracherecht an unserer Zukunft wichtig ist, dann ist Folgendes angesagt: Solidarität mit den verfolgten KlimaaktivistInnen zeigen und für die Verfahrenskosten spenden:

www.campax.org/de/spende-climate-justice

Und zudem bei der nächsten Aktion mitmachen. Denn, damit Staat und Multis die Zeichen der Zeit nicht weiter ignorieren und diejenigen, die sich gegen die Zerstörung der Welt wehren, nicht mit Repression überziehen können, braucht es: Mehr Menschen vor den Banken!

Collective Climate Justice

Mehr Infos unter www.climatejustice.ch

Kontakt: info@climategames.ch



Blockade der UBS am 08.07. 2019 in Basel, Foto: Franziska Stier

Mainstream Feminismus: Fluch oder Segen?

Für den Feminismus läuft es gerade sehr gut. Überall auf der Welt verschaffen sich die Frauen* für ihre feministischen Anliegen Gehör. Am 14. Juni 2019 sind in der Schweiz über eine halbe Million Frauen* und solidarische Männer auf die Strasse gegangen. In Irland, Argentinien und Chile kämpfen die Frauen* gegen die rigiden Abtreibungsverbote, in den USA demonstrieren sie gegen ihren sexistischen Präsidenten und in Indien gegen Vergewaltigungen. Unter dem Hash-Tag MeToo machen Frauen* ihre Erfahrungen mit sexistischer Anmache, sexueller Gewalt und Belästigung öffentlich. Wie kaum eine andere Bewegung schafft es der Feminismus, transnational Millionen von Frauen* und Männern* zu mobilisieren. Der Feminismus ist im Mainstream angekommen.

Chic und massentauglich

Prominente Unterstützung erhalten diese Kämpfe von Superstars wie Beyoncé, Miley Cyrus oder Schauspielerinnen wie Emma Watson. Längst hat der Feminismus eingang in den Mainstream gefunden. Auch die Mode- und Unterhaltungsindustrie haben den Feminismus für sich entdeckt und versuchen nun, daraus Profit zu schlagen. Modehäuser wie H&M verkaufen T-Shirts mit der Aufschrift «Girl Power». Die richtig teure Variante für 710 US-Dollar gibt es bei Dior, mit dem Aufdruck «We all should be feminists». Aber auch dank den sozialen Medien ist der Zugang zu feministischen Diskussionen viel unmittelbarer und schneller geworden. Feminismus war bis vor ein paar Jahren noch ein Kampfwort oder vielmehr ein Schimpfwort. Heute ist es chic und vor allem massentauglich. Gleichstellung, Lohnungleichheit oder Alltagssexismus werden zwar thematisiert, aber der Diskurs bleibt konform, er stellt die Welt nicht auf den Kopf.

Fluch oder Segen?

Doch für die massentaugliche Akzeptanz bezahlt der Mainstream Feminismus einen hohen Preis: Er passt sich immer mehr kapitalistischen und patriarchalen Strukturen an.

Aber liegt das Potential zur gesellschaftlichen



© Tilman Pfäfflin / Feministischer Streik Basel

*Frauen*streik, 14. Juni 2019 in Basel, Foto: zvg Feministischer Streik Basel*

Veränderung denn nur in einem radikaleren politischen Feminismus oder doch eben auch in der Mobilisierung der Massen? Ist der Einzug des Feminismus in den Mainstream nun Fluch oder Segen?

Die Antwort ist nicht einfach und wird im Moment heftig diskutiert. Kritikerinnen wie Jessa Crispin, Autorin des Buches «Warum ich keine Feministin bin», sind zurecht besorgt über die Kommerzialisierung und Banalisierung der aktuellen popfeministischen Debatten und die daraus resultierende Verwässerung von wesentlichen feministischen Forderungen. Der Mainstream Feminismus ist intersektional reaktiv blind, nur marginal thematisiert er die Kämpfe von armen Frauen*, farbigen Frauen*, Transmenschen usw. Nicht selten wird er sogar zum Mittäter für die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse.

Wenn der Feminismus den Frauen erlaubt, sich gleichberechtigt an der Unterdrückung der Machtlosen und Armen zu beteiligen, wenn er nicht bereit ist, den Status Quo zu erschüttern, dann will Jessa Crispin keine Feministin mehr sein.

Es wäre nicht mehr die Herrschaft der Männer, sondern des männlichen Prinzips

Crispins Kritik am Mainstream Feminismus kann exemplarisch an den Medienberichterstattungen festgemacht werden, in denen diejenigen Frauen* bejubelt werden, die eine höhere Position in der Politik oder der Wirtschaft einnehmen. Es genügt eben nicht, lediglich die 'Gläserne Decke', sprich die ungleichen Aufstiegschancen in gesellschaftlichen Institutionen anzugreifen und Frauen* dazu aufzurufen, hohe Positionen in der Politik und in den Unternehmen anzustreben und diese dann zu bejubeln, wenn sie es geschafft haben. Es ist natürlich toll, wenn mehr Frauen* hohe politische Ämter besetzen und es mehr weibliche CEOs gibt, aber damit ist noch nichts erreicht. Im Gegenteil. Damit würden nur die männlich geprägten Machtstrukturen verfestigt, wenn wir nur denjenigen Frauen* Zugang verschaffen, die bereit sind, die Spielregeln zu akzeptieren und den Eintrittspreis zu bezahlen, nämlich sich wie ein Mann zu verhalten. Sheryl Sandberg, Geschäftsführerin von Facebook, hat unlängst ein Buch herausgegeben, in welchem sie Vorschläge macht, wie Frauen* sich besser in



*Frauen*streik, 14. Juni 2019 in Basel, Wettsteinbrücke Foto: zvg Feministischer Streik Basel*

einem Karriere-Umfeld behaupten können, wenn nötig auch, indem sie sich über andere Frauen* hinwegsetzen. Aber damit beurteilen wir lediglich die Fähigkeiten von Frauen* männliche Attribute zu adaptieren, die Abschaffung des Patriarchats erreichen wir so nicht, lediglich seine Transformation. Kurzum: Es wäre zwar nicht mehr die Herrschaft der Männer, wenn gleich viele Frauen* wie Männer* im Topmanagement oder in der Politik sind, aber das männliche Prinzip der Fremd- und Selbstausbeutung würde weiterhin die Normalität sein.

Und damit läuft der Mainstream Feminismus Gefahr jegliche Konzeption davon aufzugeben, was Geschlechtergleichheit oder soziale Gleichheit im Allgemeinen bedeuten.

Neoliberalismus und Trickle-Down-Effekt

Aber warum haben feministische Konzepte so ein einfaches Spiel im Mainstream? Nun, das ist schnell erklärt. Schliesslich leben wir in einer Welt, die geprägt ist von neoliberalen Wertevorstellungen. Und da ist es doch verführerisch zu glauben, dass alles gut wird, alles erreicht werden kann, wenn frau nur fleissig, angepasst und marktkonform ist.

Aber nicht nur die Mythen des Neoliberalismus tragen zum Erfolg dieses Mainstream Feminismus bei, auch der scheinbar unverrückbare Glaube an den Trickle-Down-Effekt hat seinen Anteil. Der feste Glaube daran,

dass Geld, Macht und Rechte von oben nach unten durchsickern werden, wenn nur genug Frauen* in den wichtigen Positionen sitzen. Aber keiner Arbeiterfrau* in Grossbritannien ist es je besser ergangen, nur weil Margaret Thatcher einmal Ministerpräsidentin war.

Die Chancen einer Massenbewegung

Die Entradikalisierung und Entpolitisierung zu Gunsten einer Massenbewegung bietet aber auch Chancen, feministische Ansätze im Mainstream zu platzieren. Hash-Tags wie MeToo trugen wesentlich dazu bei, Themen wie sexuellen Missbrauch, Alltagssexismus, sexuelle Diskriminierung öffentlich zu machen und auf die strukturelle Problematik zu verweisen, dass der Körper von Frauen* generell als (sexualisiertes) Eigentum betrachtet wird. Nicht, dass sich damit das Problem gelöst hätte, noch immer spielt Sexismus im Alltag eine grosse Rolle. Aber solche Hash-Tags besitzen durchaus das Potential, eine Vielfalt von unterschiedlichen Lebensrealitäten und vielschichtige Diskriminierungen sichtbar zu machen. Und sie können neue Debatten um Differenz, Identität und Rassismus anstossen, die eine grössere Resonanz haben und nicht im Kreise weniger verhaftet bleiben.

Immer mehr Frauen* setzen sich mit dem Feminismus auseinander, verspüren den Frust, nicht gleichberechtigt an der Gestaltung des gesellschaftlichen und privaten Lebens

teilzuhaben. Und auch wenn der Mainstream Feminismus mir persönlich zu oft über Zugänge in höhere Positionen, Schönheitsbilder und – eigentlich nicht neue – feministische Themen wie Körperbilder, Sexualität, reproduktive Rechte und Selbstbestimmung spricht und sich weniger mit den historischen und soziokulturellen Strukturen des Patriarchats auseinandersetzt, so haben sich die Frauen* doch ein neues Selbstverständnis erkämpft und dieses kann weiter wachsen.

Der Mainstream hat den Feminismus nicht erschaffen, sondern verschafft ihm lediglich eine breitere Reichweite. Zum Problem wird der Mainstream Feminismus dann, wenn er mit der Gesamtheit der Feminismen verwechselt wird. Letztendlich geht es also weniger um die Frage: radikalerer politischer Feminismus oder Mainstream Feminismus, sondern darum, wie diese Popularität genutzt werden kann, um den Feminismus an sich vorwärts zu bringen. Das bedeutet, wir müssen Wege finden, um das Bewusstsein und den Aktionismus für Themen zu fördern, die eben weniger trendy und attraktiv sind. Ich möchte einen Feminismus, der dem Patriarchat den Kampf ansagt, der nach einer Überwindung des Kapitalismus schreit und das Versprechen der Utopie einer Solidargemeinschaft in sich trägt.

Sina Deiss

JUNGES GRÜNES BÜNDNIS NORDWEST

«Mit Kopf durch den Wandel!»



Die Welt ist im Umbruch: Klimaerhitzung, soziale Ungerechtigkeit und Nationalismus prägen die Politik unserer Zeit. Gleichzeitig blockiert die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats die Umsetzung des Pariser Klimavertrags, schießt mit faulen Steuerreformen ein Milliardenloch in die Staatskasse und verhindert sogar mickrige 4 Wochen Vaterschaftsurlaub. Doch gerade das letzte Jahr hat gezeigt, dass es auch anders möglich ist. So streikten hunderttausende von jungen und älteren Menschen für ein gesundes Klima und ebenso

hunderttausende von Frauen* für die Gleichstellung aller Geschlechter. Entgegen verbreiteten Vorurteilen zeigen die massiven Klimastreiks deutlich auf: die Jugend von heute ist politisch!

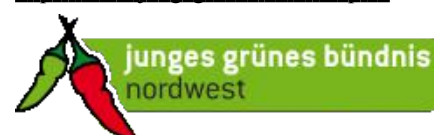
Wir vom jungen grünen Bündnis stellen uns den Herausforderungen unsere Zeit und präsentieren schweizweit mit dem Manifest 2019 unsere Prioritäten für die kommenden Jahre. An erster Stelle setzen wir uns noch lauter für eine lebenswerte Zukunft und die Erreichung von netto-null CO2 Emissionen

bis 2030 ein. Damit dieser starken Forderung auch Taten folgen, präsentierten wir zugleich auch einen konkreten und griffigen Massnahmenplan, um dieses Ziel sozialverträglich zu erreichen.

Weiterhin machen wir uns stark für Lohnungleichheit, die Gleichstellung aller Menschen und Partnerschaftsformen und die Anerkennung von Care-Arbeit. Um den steigenden Krankenkassenprämien Einhalt zu gebieten, fordern wir eine nationale Einheitskrankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien. Zudem bleibt die natürliche, tierfreundliche und gerechte Lebensmittelproduktion ein Fokus unseres Engagements. Um diese Ziele zu erreichen, ist für uns klar: Es braucht dringend frischen, jungen Wind für positiven Wandel im Nationalrat!

<https://www.jungegruene.ch/manifest19>

<https://www.jungegruene.ch/klimaplan>



Gender- und Generationensolidarität: System Change statt Rentenklau

Die Altersvorsorge nimmt in der Schweiz grossen Schaden. Die Renten der 2.Säule (BVG) brechen ein und könnten schon in wenigen Jahren nur noch die Hälfte des geplanten Niveaus betragen. Frauen werden krass benachteiligt. Ihre BVG-Renten erreichen im Schnitt nur 37% der Männerrenten. Die zweite Säule (BVG) ist eine unsolidarische Fehlkonstruktion. Nur ein grundlegender Umbau kann aus dem wachsenden Schlamassel herausführen. Das Denknetz macht dafür unter dem Namen „BVG-Mischmodell“ einen radikalen Vorschlag.

Beginnen wir mit der Gendergerechtigkeit. Frauen leisten in ihrem Leben mindestens gleich viele Arbeitsstunden wie Männer – allerdings mit einem deutlich höheren Anteil an nicht bezahlter Erziehungs-, Betreuungs- und Hausarbeit. Das ist an sich schon ungerecht, wird aber zusätzlich noch mit den massiv tieferen BVG-Altersrenten abgestraft. Die feministische Bewegung verlangt hier zu recht Remedur; das Denknetz schlägt dafür den Einbau von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften analog zur AHV vor. Davon weiter unten mehr.

Ebenso drängend ist es, die BVG-Renten überhaupt zu sichern. Laut Swisscanto ist der Medianwert dieser Renten innerhalb von nur fünf Jahren von jährlich 36'880.- CHF (2013) auf 29'600.- CHF (2018) geschrumpft – also um rund 20% (Swisscanto, 2018, S. 23). Zu einem vergleichbaren Befund kommt das Pensionierungsbarometer 2019 des VZ-Vermögenszentrums. Der Rentenschwund geht zudem ungebremselt weiter. Hans Kissling, ehemaliger Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, befürchtet, dass die BVG-Renten auf 50% des ursprünglichen Niveaus absacken werden (Tages-Anzeiger, 5.10.2017). Er warnt vor einer neuen Altersarmut.

Das System der 2.Säule ist im Zerfall begriffen. Jetzt erweist sich, dass sie ein Schönwetterkonstrukt ist. Sie basiert auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Jede versicherte Person soll im Verlauf ihres Erwerbslebens einen Kapitalstock ansparen, der dann die Grundlage für die Rentenzahlungen bildet. Dieser Kapitalstock wird von den Vorsorgeeinrichtungen an den Finanzmärkten angelegt. Die Zinsen dieser Anlagen kommen (zumindest teilweise) den Versicherten zugute. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre haben die Finanzmärkte zu einem historisch unvergleichlichen Höhenflug angesetzt – also genau in den Jahren, in denen die zweite Säule etabliert worden ist.



Protestaktion gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters am 1. August 2019 in Yverdon-les-Bains, Foto: Franziska Stier

Die erste Generation der BVG-Versicherten hat denn auch von erheblichen Wertsteigerungen des angesparten Kapitals profitiert. Die Regelverzinsung lag viele Jahre bei 4%, der (für die Rentenhöhe massgebende) Umwandlungssatz bei 7.2%. Doch diese Zeiten sind vorbei. Die nächste BVG-Generation droht zu einer Generation Pech zu werden, die für dieselben Beiträge nur noch halb so hohe Renten erhält.

Um die BVG-Renten zu stützen, werden deshalb heute jedes Jahr bis zu sieben Milliarden Franken von der beruflich aktiven Generation zugunsten der Rentenbezogener*innen umverteilt. Das wird von bürgerlicher Seite als systemwidrig gebrandmarkt – ist nun aber genau der Kern des nötigen Systemwechsels. Diese (faktisch bereits bestehende) Umlagekomponente muss jetzt in dauerhafter und solidarischer Form in die 2.Säule eingebaut werden. Wichtig dabei: Die jetzt aktive Generation muss Gewähr bekommen, dass ihre künftigen BVG-Renten ebenfalls von einem Umverteilungsanteil gestützt werden.

Das Denknetz legt dafür ein Reformmodell mit dem Namen BVG-Mischmodell vor. Das Reformmodell deckt den obligatorischen Teil der 2.Säule ab, in dem die Löhne bis zu einer Höhe von 85'320.- versichert sind. Dieser obligatorische Teil des BVG soll nun zu einem eigenständigen Sozialwerk umgebaut werden. Der Koordinationsabzug soll abgeschafft werden. Die Zahlungsströme

erfolgen neu über eine nationale Zahlstelle, der die Beitragszahlungen und auch die Erträge aus den Kapitalanlagen zufließen. Im Gegenzug erbringt diese Zahlstelle sämtliche Renten, ebenso die Versicherungsleistungen (Tod und Invalidität). Die Renten sind neu gesetzlich garantiert und werden von ihrer Koppelung an die Finanzmärkte befreit. Sämtliche heutigen Leistungen werden weitergeführt (Besitzstandwahrung). Der Umwandlungssatz von 6.8% wird gewährleistet. Die Zahlstelle gewährt darüber hinaus die bereits erwähnten Erziehungs- und Betreuungsgutschriften analog der AHV; diese Rentenkomponente wird aus Steuermitteln finanziert. Wer während 20 Jahren vorwiegend Kinder betreut hat, kommt dadurch zu einem Rentenanteil in der Grössenordnung von CHF 10'000.- pro Jahr. Die übrigen Rentenleistungen basieren nach wie vor auf einem individuell berechneten, virtuellen Kapitalstock. Wie schon heute wird dieser Kapitalstock geäuft durch Beiträge der Versicherten und ihrer Arbeitgeber sowie durch die Anlageerträge aus diesen Geldern. Anders als heute ist dies aber nur noch die Berechnungsgrundlage für die Rentenhöhe und wird von realen Geldanlagen auf den Finanzmärkten losgelöst. Nötig ist dieses Berechnungsverfahren, damit die heute bestehenden und rechtlich verankerten Rentenansprüche gesichert bleiben. Die heutigen Vorsorgeeinrichtungen verwalten weiterhin treuhänderisch die im Obliga-

torium bereits angesparten Gelder, erhalten aber keine neuen Beiträge. Die Zinserträge führen sie an die neue zentrale Zahlstelle ab. Ansonsten wird ihre Aufgabe auf den überobligatorischen Bereich beschränkt.

Das Denknetz-Modell will aus dem obligatorischen Teil der 2. Säule eine Art zweite AHV machen, der ein riesiger Kapitalstock von gegen 500 Mia CHF zur Verfügung steht. Das ganze System wird damit viel solider. Denn die heutigen rund 1800 Vorsorgeeinrichtungen kommen bei einer Wirtschaftskrise rasch ins Trudeln, weil jede Kasse für sich ihre Rentenverpflichtungen zu mindestens 100% abdecken muss. Dieser sogenannte Deckungsgrad wird im Denknetz-Reformmodell neu auf Basis der Gesamtheit aller Kapitalien und Leistungsansprüche berechnet, und er kann deutlich unter 100% sinken, ohne dass deswegen die Leistungen gefährdet wären. Berechnungen zeigen, dass deshalb mit dem Modell auf viele Jahre hinaus deutlich bessere Rentenleistungen möglich sind – selbst dann, wenn die Beiträge nicht oder nur moderat erhöht werden.

Wie geht es weiter? Die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband haben sich kürzlich

auf einen Reformvorschlag geeinigt, wie die Höhe der BVG-Renten gesichert werden soll. Erfreulich dabei: Auch in diesem Modell soll eine Umlagekomponente ins BVG-System einbezogen werden, die aus Lohnbestandteilen bis zu einem Einkommen von 850'000.- Franken finanziert wird. Auch erfreulich: Der Koordinationsabzug wird halbiert. Weniger erfreulich: Der Umwandlungssatz soll auf 6% gesenkt werden. Zudem hat der Vorschlag einen gewichtigen Haken: Die Leistungen aus der Umlagekomponente sind zeitlich degressiv angelegt, und ihre Existenz überhaupt nur für eine Übergangszeit von 15 Jahren gesichert. Das ist mehr als bedauerlich. Denn dadurch müssen die heute aktiven Generationen künftig viel höhere Beiträge in die 2.Säule einbezahlen (die Rede ist von 1.4 Mia CHF pro Jahr), um ihr Rentenniveau halten zu können. Damit aber werden mehr Gelder in ein Regime gepumpt, dessen Erosion wir gerade erleben.

Die Gewerkschaften und die Linke müssen deshalb über die Bücher und den dauerhaften Einbezug der Umlagekomponente verlangen. Und sie müssen mit der Forderung nach Erziehungs- und Betreuungsgutschriften das Problem der Gendergerechtigkeit angehen.

Und um beides zu sichern, braucht es einen System-Umbau, wie ihn das Denknetz vorschlägt. Gerne darf das Modell um eine Beitragskomponente bis zu einem Lohn von 850'000.- CHF erweitert werden.



Beat Ringger; geschäftsführender Sekretär des Denknetzes

Die ausführliche Beschreibung des Denknetz Modells findet sich unter

<http://www.denknnetz.ch/wp-content/uploads/2018/08/BVG-Mischmodell-def-13.8.18.pdf>

VERANSTALTUNG

AVIVO und die AHV

Die AHV, eine der Forderungen des Landesstreiks von 1918, wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Die ersten Renten betrugen damals lediglich 40 Franken für Alleinstehende bzw. 70 Franken für ein Ehepaar!

Junge politische Aktivisten gründeten damals die AVIVO eine Vereinigung, die den Kampf um höhere Renten aufnehmen sollte und inzwischen 31 Sektionen mit über 20'000 Mitgliedern zählt.

Das Ziel einer existenzsichernden AHV ist allerdings auch heute noch nicht erreicht. Mit unserer Jubiläumsveranstaltung wollen wir bisher Erreichtes feiern, doch weiterhin werden wir uns für ein Alter frei von finanziellen Sorgen, für anständige Invalidenrenten und – solange diese nicht existenzsichernd sind – auch für den Ausbau der Ergänzungsleistungen einsetzen.



Öffentliche Jubiläumsveranstaltung 70 Jahre AVIVO Schweiz – 70 Jahre AHV

Mittwoch, 30. Oktober 2019, 14.15 bis 17.30 Uhr, UNION Grosser Saal (rollstuhlgängig)
Klybeckstrasse 95, 4057 Basel
Tram 8, Station Bläsiring

- 13.30 Türöffnung
- 14.15 Grussworte von **Minka HOFER**, Co-Präsidentin AVIVO Region Basel, und von **Christiane JAQUET**, Präsidentin AVIVO Schweiz, **Christoph BRUTSCHIN**, Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt: „Das soziale Basel heute“
Martin LENGWILER, Professor am Departement Geschichte der Uni Basel: „Die AHV als zentraler Teil des schweizerischen Sozialstaats“
Martin ROTHENBÜHLER, Präsident von AVIVO Bern: „70 Jahre Kampf von AVIVO Schweiz: Was wurde erreicht, was bleibt zu tun?“
- 15.40 Pause
- 16.00 **SURPRISE STRASSENCHOR**, Leitung Ariane Rufino dos Santos
- 16.30 **APÉRO RICHE**
- 17.30 Schluss der Veranstaltung

Eingeladen sind alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde von AVIVO. Wegen begrenzter Teilnehmerzahl benötigen wir **bis spätestens am 19. Oktober** Ihre Voranmeldung an:

AVIVO Region Basel, Postfach 49, 4005 Basel oder per E-Mail an info@avivo-basel.ch. Wir bitten um die Angabe von Familienname(n), Vorname(n), vollständige Adresse(n) und Telefonnummer(n) - Vielen Dank!

www.avivo-basel.ch

PostFinance-Konto 40-25701-1

#sibelbleibt - Eine Stimme mehr für das Miteinander



Auch in diesem Jahr kandidiert Basta! gemeinsam mit den der grünen Partei Basel-Stadt und dem jgb für die Nationalratswahlen. Mit dem Slogan #sibelbleibt wollen wir uns auch weiterhin mit Sibel Arslan für eine solidarische und ökologische Schweiz kämpfen. Neu ist bei diesen Wahlen, dass wir in vielfältigen Bündnissen stehen und mit mehreren Unterlisten antreten. So haben sich erfahrene Basta! und Grüne Politiker*innen auf Liste 40 - Die Alternativen zusammen geschlossen und auch die Partei Integrale Politik kämpft als Unterliste des Bündnisses für eine sozial-ökologische Wende. Auf den folgenden Seiten sollen Basta! und jgb-Kandidierende kurz vorgestellt werden.



Sibel Arslan - Liste 8

Die Schweiz treibt die Klimapolitik voran und leistet ihren Beitrag zur Klimagerechtigkeit. Gleichstellung und Chancengleichheit werden selbstverständlich. Demokratische Teilhabe und Grundrechte werden nicht abgebaut, sondern gestärkt! Und Menschenrechte, Solidarität und Nachhaltigkeit bekommen in der Aussenpolitik wieder mehr Gewicht. Für all das setze ich mich ein.



Tonja Zürcher - Liste 8

Eine andere Welt ist möglich! Ich setze mich für tatsächliche Gleichstellung und Klimagerechtigkeit ein. Wir müssen die Armut bekämpfen und nicht die Armen. Ich engagiere mich deshalb für das Recht auf Wohnen und für Löhne, Sozialhilfe und Renten, die allen ein gutes Leben ermöglichen. Ich will eine solidarische Welt. Fahren statt Frontex!



Jo Vergeat - Liste 8

Ich glaube an eine bessere, klimagerechte und gemeinschaftliche Zukunft. Ein Wandel ist dringend nötig. Deshalb möchte ich mich auch national dafür einsetzen. Es ist die Zukunft meiner Generation und der uns folgenden, die auf dem Spiel steht. Ich möchte durch klare Haltung und Gesprächsbereitschaft mithelfen, diese Zukunft zu schaffen. Wir müssen die Klimakatastrophe verhindern, die Schweiz als Teil Europas stärken, unsere vielfältige Kultur fördern und eine solidarische Gemeinschaft erweitern. Für unseren Planeten A!

Liste 40 - BastA! bei den Alternativen



Heidi Mück - Liste 40

Ich kandidiere für den Nationalrat, weil der Klimawandel besorgniserregend und der Schutz unserer Umwelt dringlich ist. Der Fokus meiner Politik liegt dabei auf sozialer Gerechtigkeit und den Bedürfnissen der Schwächsten. Klimaschutz, soziale Sicherheit und Gleichstellung gehören zusammen!



Patrizia Bernasconi - Liste 40

Prekäre Arbeits- und unsichere Wohnverhältnisse, sind wie die Klimakrise Folgen des gleichen kapitalistischen Systems. Deshalb muss das Kräfteverhältnis im Parlament dringendst zugunsten von Rot-Grün verschoben werden. Ich möchte dazu mein Beitrag leisten.

Liste 21 - junges grünes bündnis nordwest

Reja Wyss

Ich betreibe Klimapolitik mit einem Verständnis für den menschlichen „Hedonismus“, bin pro-europäisch mit der Einsicht, dass Europa sich wandeln muss und sehe mich als evidenzbasiert feministisch, denn mit Evidenz lässt sich besser argumentieren. Ich kandidiere, weil nicht-grüne und nicht-soziale Politik keine Zukunft hat.

Simon Frankhauser

Ich engagiere mich schon seit einigen Jahren für eine grünere - also gerechtere und nachhaltige Welt. Sowohl im Vorstand der Grünen BS wie auch des JGBs setze ich mich für eine differenzierte Meinungsbildung ein, ummer mit dem Ziel, die Welt zu verbessern. Ich setze mich ein für Solidarität, Nachhaltigkeit und Chancengleichheit!



Laura Schwab

Ich kandidiere im Oktober für den Nationalrat, weil ich mir junggrünen Wind im Parlament wünsche. Mehr junge Menschen und insbesondere auch Frauen sollen im Parlament vertreten sein. Da wird über unsere Zukunft entschieden. Ich setze mich ein für mehr Menschlichkeit, echte Gleichstellung und schnelle Lösungen gegen die Klimakatastrophe!

Raffaella Hanauer

Politisches Engagement heisst für mich, in der Politik, im Studium, bei der Arbeit und auf der Strasse für Solidarität, Gleichstellung und Klimagerechtigkeit eintreten. Mit meinem Engagement und meiner Kandidatur will ich auf die soziale und ökologische Wende in der Gesellschaft hinarbeiten.

Berfin Tuzcu

Ich will, dass wir gemeinsam Verantwortung für unseren Planeten übernehmen - aber auch für uns selbst und andere Menschen. Deshalb braucht es Klimagerechtigkeit.

Tanja Soland über Klimanotstand, Pharma-Stadt und Enteignungen

Finanzdirektorin Eva Herzog will in den Ständerat und legt ihr Amt als Regierungsrätin nieder. Die Juristin und SP-Grossrätin Tanja Soland will es am 20. Oktober übernehmen.

Basel hat vor ein paar Monaten den Klimanotstand ausgerufen. KritikerInnen sagen, dass das vor allem Symbolpolitik war. Und doch stellt sich die Frage, was das konkret für den Kanton Basel-Stadt bedeutet, oder bedeuten sollte. Welche politischen Massnahmen sollten in Basel nun ergriffen werden? Oder bleibt es doch bei der Symbolpolitik?

Nein, es kann nicht bei einer Symbolpolitik bleiben. Im Grossen Rat werden nun diverse Massnahmen diskutiert, die ergriffen werden sollen und können. Ich unterstütze den Plan der Dekarbonisierung der kantonalen Energieproduktion und das Ziel, den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf max. 1 Tonne/Jahr und Einwohnerin oder Einwohner zu reduzieren. Ich werde mich zudem dafür einsetzen, dass wir in Zukunft die Vorlagen nicht nur auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüfen, sondern auch auf ihre Nachhaltigkeit.

Nach einem erfolgreichen Sprung in den Regierungsrat werden Sie evtl. das Finanzdepartement übernehmen. Wie würde ein Finanzdepartement Soland denn aussehen?

Basel-Stadt schreibt seit der rot-grünen Mehrheit in der Regierung schwarze Zahlen. Diese solide Finanzpolitik möchte ich weiterführen. Faires und bezahlbares Wohnen ist mir ein grosses Anliegen. Ich stehe dafür ein, dass bezahlbarer Wohnraum nicht zerstört wird und mehr gemeinnütziger Wohnraum erstellt wird. Es braucht kommunalen Wohnungsbau des Kantons, bei dem nicht der Gewinn im Vordergrund steht. Weiter möchte ich mich für einen fortschrittlichen und transparenten Staat einsetzen. Frauen und Männer sollen gleich viel verdienen und die gleichen beruflichen Möglichkeiten haben. Öffentliche Dienstleistungen sollen für alle zugänglich und zahlbar sein. Diesen Service Public gilt es zu erhalten und auszubauen.

In Basel wurden vor einem Jahr vier Wohn-Initiativen angenommen. Nun gibt es erste Vorschläge, wie diese umgesetzt werden sollen. Sind Sie mit den bisher vorge-schlagenen Umsetzungen zufrieden?

Die Wohnschutzinitiative ist derzeit im Grossen Rat und wird dort behandelt. Ich hoffe sehr, dass wir in dieser Vorlage



Regierungsratswahl 2019: SP-Kandidatin Tanja Soland

griffige Massnahmen beschliessen können. So braucht es zum Beispiel in Zeiten von Wohnungsnot (Leerstandsquote unter 1,5%) für möglichst viele Wohnungen einen ausgebauten Mieterschutz. Hier kann das bisher vorliegende Gesetz entscheidend verbessert werden. Dies ist aber angesichts der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat sehr fraglich.

In Deutschland, das wie die Schweiz ein Land der MieterInnen ist, tobt momentan eine Mietpreisdiskussion. In Berlin fordert eine Initiative, dass Unternehmen, die mehr als 3'000 Wohnungen besitzen, enteignet werden (gegen Entschädigung). Was halten Sie von diesem Ansatz?

Hier kann ich mir gut vorstellen, dass bereits ein Vorkaufsrecht des Kantons die Lage entspannen könnte. Zudem können durch Sanierungsbewilligungen und Mietpreiskontrollen Missbräuche verhindert werden. Ich denke, dass der Kanton zuerst Alternativen prüfen sollte und nur, wenn diese keine Verbesserung bringen, weitergehende Massnahmen anwenden sollte. Enteignungen können sinnvoll sein, sollen aber als letztes mögliches Mittel angewendet und nur unter klar definierten und überprüfbaren Bedingungen umgesetzt werden.

Enden wir mit einer Frage aus dem Fragenkatalog von Max Frisch:

Kennen Sie ein freies Land, wo die Reichen

nicht in der Minderheit sind, und wie erklären Sie es sich, dass die Mehrheit in solchen Ländern glaubt, sie sei an der Macht?

Die Mehrheit hat wohl die Hoffnung, irgendwann zu der aufsteigenden Minderheit zu gehören. Die Mietenden denken alle, dass sie irgendwann ein Haus besitzen und stimmen daher teilweise sogar «Haus-eigentums»-freundlich ab. Oder der Mittelstand wehrt sich gegen Reichtumssteuern, da er hofft, auch einmal dazuzugehören. Bewegungen wie der Frauenstreik oder die Klimastreikenden zeigen aber auch: Es gibt viele Menschen, welche sich gegen bestehende Ungerechtigkeiten und für eine andere Welt engagieren. Dies macht Hoffnung und zeigt, dass sich unsere Gesellschaft verändern lässt.



Das Interview führte Reja Wyss und kann in voller Länge auf basta-bs.ch nachgelesen werden.

Neue Wohnschutzinitiative: Sammeln! Dranbleiben! «Ja»

Jetzt braucht es die letzten Unterschriften für die Moratoriumsinitiative. Und am 10. Februar 2020 braucht es ein wuchtiges «Ja» zur nationalen Bezahlbarwohnen-Initiative. Nur so können wir verhindern, dass die 2018 von den Stimmenden deutlich angenommene Wohnschutzinitiative wirkungslos verpufft.

Wie von selbst geht das Sammeln der Moratoriums-Unterschriften. Vor drei Monaten wurde die Initiative im Kantonsblatt publiziert (am 12. Juni). Erst vor zwei Monaten konnten wir so richtig mit Sammeln beginnen. Und dennoch sind während der Sommerschulferien schon 2'000 gültige Unterschriften beisammen.

Doch jetzt eilt es! Wir brauchen das restliche Drittel (von insgesamt 3'000 benötigten Unterschriften) so rasch als möglich. Denn je schneller die Moratoriumsinitiative ihren Weg durch Behörden und Parlament geht, desto schneller kommt sie zur Abstimmung - und wird sie wirksam, wenn wir die Abstimmung gewinnen.

Jetzt rasch volle Sammelkarten!

Wirksam heisst: Baustopp für überrasene Bauprojekte massloser Investoren. Masslos, das sind jene, die weder Rücksicht nehmen auf langjährige Mietparteien noch auf junge Familien. Jene, die - wie die Credit Suisse am Schorenweg - ihr Renditestreben über die Sozialpflichtigkeit ihres Eigentums stellen.

Deshalb rufen wir schon mal auf: Die beiliegende

Sammelkarte ausfüllen (5 Unterschriften wären hilfreich). Rückantwortkarte nicht herumliegen lassen, sondern unverzüglich zurücksenden oder einwerfen (spart Geld).

Renitente Regierung

Warum braucht es die Moratoriumsinitiative («Wohnschutzinitiative II») des Basler Mieterinnen- und Mieterverbands überhaupt? Haben wir nicht am 10. Juni 2018 einen triumphalen Erfolg an der Stimmurne erreicht? Konnten wir nicht «mehr Wohnschutz» und eine Art Bestandsgarantie für die bestehenden bezahlbaren Mietwohnungen in die Kantonsverfassung schreiben lassen?

Doch, das ist richtig. Seit 1¼ Jahren müssten nunmehr Sanierungen und Abbrüche gestoppt werden. Doch die masslosen Investoren machen frischfröhlich weiter, wie die drei Dutzend Massenkündigungen seit der Abstimmung 2018 zeigen. Rund 2'000 Mieterinnen und Mieter wurden seither auf die Strasse gestellt, darunter viele langjährige und ältere Einwohnerinnen und Einwohner von Basel.

Untauglicher Gesetzesentwurf

Die Basler Regierung bleibt leider untätig und leistet passiven Widerstand. Sie will die bestehenden Gesetze nicht im Lichte der Wohnschutzinitiative anpassen. Und sie hat einen blamablen Gesetzesentwurf vorgelegt, der den Willen der am 10. Juni 2018 «Ja» Stimmenden krass missachtet. Die Kommissionen werden

voraussichtlich im Herbst ihre Berichte dem Parlament vorlegen. Toter Buchstabe?

Aus heutiger Sicht ist zeichnet sich leider ab, dass auch 2020 oder 2021 noch kein taugliches Ausführungsgesetz zur Wohnschutzinitiative vorliegen wird. An eine Einigung im Parlament glaubt niemand so recht. Wahrscheinlicher ist, dass ein schlechtes Gesetz per Referendum bekämpft werden muss. Dann hätten die gebeutelten Basler Mieterinnen und Mieter auch noch nach Jahren keinen Wohnschutz, der diesen Namen verdient. Hier würde dann unsere Moratoriumsinitiative greifen. Sie würde mieterfeindliche Projekte der renditegetriebenen Investoren per Baustopp für maximal drei Jahre verhindern. Bis ein besseres Gesetz vorliegt.

Liebedienerische Behörden auswechseln

Damit der 2018 an der Urne angenommene Wohnschutz in Basel und in Riehen wirksam werden kann, müssen die heutigen bauerrenfreundlichen Behörden ausgewechselt werden. Das Bewilligungsverfahren muss einfach, klar und sozial gerecht werden. Basta!, aber auch die SP haben hierzu klare Vorstellungen. Und, wer weiss, bei den nächsten Gesamterneuerungswahlen im Herbst 2020 könnten Exekutive und Legislative neu so formiert werden, dass der leidige Kampf gegen die heutige mieterfeindliche Mehrheit ein Ende hat.

Patrizia Bernasconi

Haus der Politik

Politik findet nicht nur im Parlament statt. Ihre Folgen spüren wir in unserem Alltag. Wir spüren sie in der Familie, im Alter und oft in unserer Ohnmacht, weil wir allein nichts ändern können. Doch es gibt Hoffnung. In Basel und überall auf der Welt organisieren sich Menschen und kämpfen für eine andere Welt. Sie kämpfen für ein sicheres und bezahlbares Zuhause, für Klimagerechtigkeit, für Mitbestimmung und gegen Armut.

Am 22. September wollen wir mit einigen dieser Menschen sprechen. Darum laden wir zum Haus der Politik ein. Was bewegt uns in den nächsten vier Jahren und wie können wir gemeinsam dazu beitragen eine Zukunft für alle zu entwickeln.

Programm

10:00 - 11:00 Gesellschaftliche Teilhabe

Ein Gespräch mit Sibel Arslan, Michèle Meyer, Marcus Christen und Roberto Lopez (Anlaufstelle Sans-Papiers)

11:30 - 12:30 Klima und Gerechtigkeit

Eine Diskussion mit Tonja Zürcher und Collective Climate Justice



13:00 - 13:45 Entwicklungszusammenarbeit -

Die Doppelmoral der Schweiz

Ein Gespräch mit Sibel Arslan und Annemarie Sancar

14:00 - 14:45 Feministische Perspektiven auf

Mutterschaft

Lesung und Diskussion mit Franziska Schutzbach

15:00 - 15:45 AHV21 – eine feministische Intervention in die Debatte

Ein Gespräch mit Simona Isler (WIDE)

16:00 - 17:00 Europäische Migrationspolitik

Prof. Dr. Bilgin Ayata besuchte im Rahmen eines Forschungsaufenthalts die Hotspots der Flüchtlingscamps und wird uns einen eindrücklichen Bericht über ihre Arbeit geben.

17:30 - 18:30 „Deutsche Wohnen enteignen“ – Ein Vorbild für die Schweiz?

Diskussion mit Sigrid Melanchton vom Bündnis "Deutsche Wohnen enteignen"

19:00 - 19:30 Poetryslam mit Anna Rosenwasser, (Geschäftsführerin LOS)

Abend ausklingen lassen.

VERANSTALTUNGEN